

Der „Demokratie- & Sozial-Stachel“ für Zeulenroda- Triebes und Umgebung!

Bürgerinformationsblatt der BIZ 03/ 2013

der Bürgerinitiative für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in

Zeulenroda- Triebes und Umgebung BIZ e.V.:

Vertreten im Kreistag des Landkreises Greiz (Fraktionsgemeinschaft mit Vertretern von Bündnis 90/die Grünen und IWA), als eigene Fraktion im Stadtrat von Zeulenroda- Triebes und in verschiedenen Orts- und Ortsteilparlamenten! Wir bitten um Beiträge und Kommentare der Mitglieder der BIZ und von Interessenten an unserer Tätigkeit zu folgenden Rubriken:

- Wissenswertes/ Aktuelles aus **dem Thüringer Landtag** (bezogen auf unser Territorium); Das Gleiche, mit seinen Auswirkungen auf den Bürger, aus dem **Kreistag Greiz, dem Stadtrat Zeulenroda-Triebes und deren Ortsteilräten, sowie aus den Ortschaftsräten der umliegenden Orte;**
- Informationen zu Entwicklungen an der Steuer-, Beitrags- und Gebührenfront im Territorium Greiz, Zeulenroda-Triebes und Umgebung.

Die BIZ zu Fragen demokratische Mitwirkung der Bürger in Thüringen:

„Wir waren das Volk!“ und bekamen von unseren „Volksvertretern“ im Thüringer Land eine Verfassung übergestülpt, die es mit juristischen Winkelzügen erlaubt, „legal“ den Bürgern ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte zu entziehen. Auf kein anderes Ergebnis läuft das derzeitige Verfahren der Bürgerinitiativen zur Abschaffung zu hoher Kommunalabgaben in Thüringen hinaus. Dass es dabei vor allem um soziale Gerechtigkeit und letztlich gegen staatliches Abkassieren bei den Bürgern in großem Stil geht, sei hier nicht nur erwähnt. Der größte Skandal ist, dass die gewählte Landesregierung gegen die über 23700 abgegebenen Unterschriften ihrer Bürger zu diesem Begehren Klage eingereicht hat und damit deren Willen einfach negiert. Es ist unverständlich dass die Landesregierung auf Kosten der Steuerzahler teure externe Gutachten gegen das Volksbegehren in Auftrag geben kann und den Antragstellern des Begehrens noch nicht einmal Prozesskostenhilfe zugebilligt wird. Dies unterstreicht die feindselige Haltung sowohl der Landesregierung als auch der Justiz gegen die Interessen der Unterzeichner des Begehrens. Es stellt sich sehr konkret die Frage, ob die Wähler mit dieser Regierung die richtige Wahl getroffen haben. Da sollte man als Wähler durchaus seine eigene Wahlentscheidung sehr kritisch hinterfragen und bei weiteren Wahlgängen als der einzigen Möglichkeit der Revision der Regierenden sich eben anders als bisher entscheiden.

Demokratie bedeutet doch nach seiner Begrifflichkeit „Herrschaft des Volkes“ und nicht etwa das Bedienen der Interessen der Politikerkassen und ihren Lobbyisten durch Ersatzlösungen mit Hilfe der Justiz. Daran sollten sich die dafür Verantwortlichen halten und nicht nur davon schwadronieren oder schwafeln, sondern Demokratie erlebbar auch für den einzelnen Bürger gestalten und in Praxis auch selbst vorleben.

Dietrich Hoffmann

Dazu Siegmund Borek = als Teilnehmer an dieser Anhörung kann ich nur sagen - Frank Kuschel (die Linke) hat zwei Professoren alt aussehen lassen. Das sieht sogar die OTZ vom 28.02.2013 auch so ungefähr. Aber wie es immer so ist, der eine als Profi erhält sein Honorar vom Steuerzahler und der andere seine Bezüge als Staatssekretär (auch vom Steuerzahler), aber Frank Kuschel als „Ehrenamtler“ im Verfahren geht ohne Honorar aus. Unabhängig davon, wie das hohe Gericht sich nun am 10. April ab 9 Uhr zu den beiden Anträgen äußern wird - der gestrige Tag in Weimar war für mich beglückend - weil mächtig (im Wortsinn).

Die BIZ zur Energiewende:

In Deutschland ist die Energiewende politisch gewollt auf den Weg gebracht worden. Bei der Umsetzung, die weltweit beobachtet wird, ist die größte Wegstrecke noch zu gehen. Wenn die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, kann die Energiewende gelingen. Sie ist eine große Chance für das Land. Bis zum Jahr 2022 sollen alle deutschen Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Die Planungen der Bundesregierung umfassen außerdem die Entwicklung neuer Energiespeicher, den Ausbau der Netze, die Verbesserung konventioneller Kraftwerke als Brückentechnologie und vor allem die Steigerung der Energieeffizienz. Auch erneuerbare Energien wie vor allem Windenergie und Wasserkraft gewinnen immer mehr an Bedeutung. Die dazu erforderlichen Mittel werden differenziert durch die Verbraucher zu stemmen sein. Bestrebungen des Umweltministers zur Deckelung der EEG-Umlage sind erkennbar, aber von Seiten des Wirtschaftsministers noch nicht unterstützt. D.Hoffmann

Die EEG-Umlage zur Förderung der Erneuerbaren Energien war für den Staat in den vergangenen zwölf Jahren ein risikoloses, einträgliches Milliarden-Geschäft. Zwar wird die Umlage, wie der Name schon sagt, lediglich weitergereicht. Doch wird auf den Strompreis, in dem sie enthalten ist, noch die Mehrwertsteuer aufgeschlagen. Davon profitiert ausschließlich der Staat. Auf diese Weise hat er durch die EEG-Umlage seit dem Jahr 2000 Mehreinnahmen von 6,2 Milliarden Euro erzielt. Das berichtet die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ).

Die dabei verwendeten Zahlen stammen vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Er rechnet damit, dass bei unverändertem Stromverbrauch in diesem Jahr eine weitere Milliarde aus der Umlage für die Staatskasse herauspringt. Auch bei anderen Stromgebühren, wie etwa der Konzessionsabgabe, ist der Staat über die draufgeschlagene Mehrwertsteuer beteiligt. Es wundert deshalb nicht, dass die Finanzminister sich über „sprudelnde Einnahmen“ freuen.

Die aufgelaufenen Milliarden, obwohl vermutlich längst ausgegeben, wecken nun aber Begehrlichkeiten. "Der Staat sollte den Stromverbrauchern, die ohnehin die steigende EEG-Umlage bezahlen müssen, nicht auch noch die darauf entfallenen Mehreinnahmen der Mehrwertsteuer für den allgemeinen Haushalt abnehmen, sondern sie zweckgebunden verwenden, um die Energiewende voranzutreiben", sagte BDEW-Chefin Hildegard Müller der Zeitung.

Wie stark die steigende EEG-Umlage dem Staat immer mehr Geld in die Kassen gespült hat, zeigt sich laut "FAZ" in der Entwicklung der letzten Jahre. Demnach lag der Mehrwertsteuergewinn 2009 im Vergleich zum Vorjahr noch bei 52 Millionen Euro. 2010 seien es bereits 273 Millionen und 2011 knapp 520 Millionen Euro gewesen. Für dieses Jahr werde ein Wert von 589 Millionen Euro erwartet.

Entwicklung der EEG- Umlage

Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
EEG-Umlage (ct/kWh)	0,41	0,58	0,68	0,88	1,02	1,12	1,13	2,047	3,530	3,592	5,277
Änderung z. Vorj. (%)	(#)	41,5	17,2	29,4	15,9	09,8	00,9	81,2	72,4	01,8	46,9

Von 2011 auf 2012 wurde ein geringfügiger Anstieg der EEG-Umlage von 3,530 Cent/kWh auf 3,592 Cent/kWh prognostiziert. Im Sommer 2011 hatte das Bundesumweltministerium zunächst sogar einen Rückgang der Kosten erwartet, erklärte den moderaten Anstieg dann aber mit dem neu eingeführten Liquiditätspuffer, mit dem ein finanzielles Polster für das EEG-Umlagekonto geschaffen wurde. Ohne diesen Sonderposten hätte die Umlage 2012 unter dem Niveau des Jahres 2011 gelegen, so das Ministerium. Diese Einschätzung hat sich mittlerweile jedoch als falsch herausgestellt. Die Prognose der EEG-Umlage wurde für 2012 zu niedrig festgelegt, sodass es im Rahmen der Prognose für die EEG-Umlage 2013 zu einer Nachholung von 0,67 Cent/kWh gekommen ist.

EEG-Umlage nach Energieträgern in Cent je kWh

Energieträger	Wind	Biomasse	Photovoltaik	Wasser Geothermie Gase	Sonstiges	Nachholung und Liquiditätsreserve	gesamt
Stand 2012	0,48 2	0,839	1,860	0,040	0,091	0,280	3,592
Erhöhung 2013	0,30	0,25	0,35	0,00	0,00	0,785	+ 1,685
Stand 2013	0,78 2	1,089	2,210	0,040	0,091	1,065	5,277

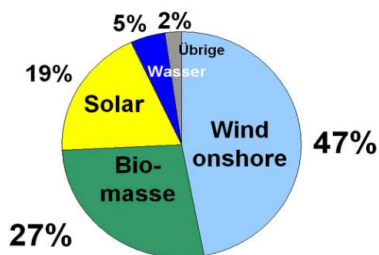
In Europa werden die Verbraucher bei den Stromkosten sehr unterschiedlich zur Kasse gebeten. Im Jahr 2011 lag **der Strompreis** für Haushalte mit einem Jahresverbrauch zwischen 2500 und 5000 Kilowatt pro Stunde (kWh) **in Dänemark und Deutschland am höchsten. Am günstigsten waren die Stromkosten** nach einem Vergleich des Bundeswirtschaftsministeriums bei einem entsprechenden Jahresverbrauch **in Estland und Bulgarien**. Verglichen wurden die 27 EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen (siehe nachfolgende Zusammenstellung). **Die fünf Länder mit den höchsten Stromkosten in Europa (inkl. aller Steuern):**

- Dänemark 29,08 Cent pro kWh, - Deutschland 25,28 Cent pro kWh, - Belgien 21,36 Cent pro kWh,
- Norwegen 21,33 Cent pro kWh, Schweden 20,92 Cent pro kWh

Die fünf Länder mit den niedrigsten Stromkosten in Europa:

- Bulgarien 8,26 Cent pro kWh - Estland 9,73 Cent pro kWh, - Rumänien 10,82 Cent pro kWh
- Lettland 11,68 Cent pro kWh - Litauen 12,14 Cent pro kWh

Wobei sich der Strompreis aus folgenden Positionen und Belastungen für die Verbraucher ergibt.



ergibt. **Herr Wolfgang Kleindienst als Vorsitzender der Birso- Pößneck** und Mitglied des Aufsichtsrates von EON-Thüringen (siehe Foto) gab uns in der letzten öffentlichen Vorstandsberatung im

„Goldenen Löwen“ in Triebes am 14.02.13 dazu wertvolle Erläuterungen.

D.Hoffmann

Die BIZ in eigener Sache: Zum Umzug von Dr. Lothar Wittig in Richtung Berlin:

Seine persönliche Entscheidung und die seiner Angehörigen zur besseren Betreuung seinen Lebensmittelpunkt in Zeulenroda zu verlassen, nimmt der Vorstand der BIZ mit großen Respekt



aber auch gleichzeitig mit noch größerem Bedauern zur Kenntnis. Wir bedanken uns bei ihm für seine jederzeit uns entgegengebrachte Hilfe und Unterstützung für unser Anliegen als Bürgerinitiative dafür einzutreten, mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu erstreiten. Sein wertvoller nicht nur juristischer, sondern auch menschlicher Rat hat mehrfach dazu beigetragen, viele Dinge in dieser Beziehung zu realisieren. Wir verlieren schweren Herzens einen Mitstreiter, der uns in manchem Sturm durch seinen Rat einen sicheren Halt gegeben hat und sagen deshalb mit voller Überzeugung „Danke“ dafür, auch im Namen des gesamten Vorstandes, aber auch der Mitglieder und Sympathisanten der BIZ. Es bleibt nun nur noch, ihm weiterhin alle guten Wünsche besonders die für seine Gesundheit, auszudrücken und den sicheren Hafen im Schoß seiner Familie zu finden. Wir hoffen auch, dass wir weiterhin die Möglichkeit des sporadischen telefonischen Kontaktes wahrnehmen können.

Diese guten Wünsche verbinden wir mit denen zu seinem 86. Geburtstag am 20.03.2013.

D.Hoffmann, i.A. des Vorstandes der BIZ

Die BIZ noch einmal in eigener Sache:

Am **15.11.2013** begeht die Eisenbahnstrecke Mehltheuer-Zeulenroda-Weida-Altstadt ihr 130-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass soll eine Ausstellung zur Historie dieser Strecke und zur **Würdigung der Pionierleistungen der „Altvorderen“ bis in die Jetztzeit** gestaltet werden.

Dazu möchte ich dafür werben, dass alle möglichen Quellen die zum Thema Eisenbahn in Zeulenroda-Triebes bekannt sind, zur leihweisen Bereitstellung von Dokumenten, Bildern, Videos, und bestehende Sammlungen, etc. an mich (siehe Impressum) weitergegeben werden. Im Voraus herzlichen Dank für die eventuelle Mitwirkung!!!

D.Hoffmann

Einladung zu unserer nächsten öffentlichen Vorstandsberatung!

Sie findet am Donnerstag, den 21. März 2013, 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zur Linde“ Langenwolschendorf, Hauptstraße statt.

Die Tagesordnung mit weitem zu empfehlenden interessanten Veranstaltungen zu uns interessierenden Themen und aussagefähigen, prominenten Gästen ist als Seite 5 Bestandteil der vorliegenden BIZ-Info 3/ 2013.

Impressum: Zur redaktionellen Verarbeitung senden Sie Ihre Beiträge per Internet oder Post an folgende **Adressaten:** Dietrich Hoffmann, 07937 Zeulenroda-Triebes, Friedrich- Reimann- Str.3; rd.hoffi@t-online.de ; Siegmund Borek, 07937 Zeulenroda- Triebes, Flur Oerlich 5; s-borek-z@t-online.de *Die verwendeten Fotos ohne Quelle sind alle Privat
V. i. d. S. u. P.: Dietrich Hoffmann, Friedrich-Reimann-Str. 3, 07937 Zeulenroda-Triebes

BÜRGERINITIATIVE

für sozialverträgliche Abgaben und Leistungsgerechtigkeit in Zeulenroda u. Umgebung - BIZ - e. V.:
Siegmond Borek, Flur Oerlich 5, 07937 Zeulenroda-Triebes
Fon 036628 82503 Fax 036628 82908 Email: s-borek-z@t-online.de

Einladung zu unserer öffentlichen Vorstandsberatung am Donnerstag, den 21. März 2013, 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zur Linde“ Langenwolschendorf, Hauptstraße

Tagesordnung:

1. Änderung/Bestätigung der Tagesordnung
2. Am 27. Februar 2013 war die Anhörung zur Klage der Landesregierung gegen das Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ vor dem Thüringer Verfassungsgericht in Weimar.
Siegmond Borek war dabei und wird uns seine Eindrücke schildern.
3. Am 10. April 2013, um 9.00 Uhr, findet die Urteilsverkündung des Thüringer Verfassungsgerichtes statt. Hier sollten wir Flagge zeigen – wer kann mit nach Weimar fahren?
4. Bericht zur Gebiets- und Verwaltungsreform in Thüringen – Was will „DIE LINKE“ mit Frank Kuschel, MdL und kommunalpolitischer Sprecher
Die Veranstaltung findet am 14. März 2013, 17.00 Uhr in Triptis, Burkardtstraße 31, in Mandy´s Kantine statt.
5. Neues aus dem Stadtrat – Sonderstadtrat am 27. 02.2013 und Stadtrat am 20. 03.2013.
Verantwortlich: B. Rentzsch
6. Stand der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014
Verantwortlich: **Kreistag** – Siegmund Borek; **Stadtrat** – Bärbel Rentzsch;
Ortsteilrat Triebes – Andreas Senkowski
7. Stand Kandidaten Verbraucherbeirat
Verantwortlich: Dr. P. Steinbock
8. Bericht von Dietrich Hoffmann zur Vorbereitung der Ausstellung 130 Jahre Eisenbahnlinie Weida – Mehltheuer. Wer hat noch Unterlagen darüber und kann sie zur Verfügung stellen und wer kann ihn unterstützen.
9. **Sonstiges:** Veranstaltungshinweis: am 23. März 2013, um 10.30 Uhr führt die Partei „DIE LINKE“ ihr Politfrühstück im „Felsenkeller“, Friedrich-Ebert-Straße in Zeulenroda durch.
Thema: Wasser – Abwasser – Strom;
Gäste sind: 1. Frank KUSCHEL, MdL und kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, 2. Der Bürgermeister der Stadt Zeulenroda – Triebes, Herr Weinlich und 3. die Geschäftsführerin der EWZ, Frau Woitziak,